

Europäischer Pakt für die Jugend

Gedanken und Forderungen der deutschen Vorkonferenz zum Europäischen Pakt für die Jugend, 25.11. – 27.11. 2005, Berlin

Präambel

Im Zuge der Globalisierung ist es notwendig, die Chancen der international geöffneten Türen zu entdecken und neue Wege zu gehen. Gerade in der Europapolitik ist diese Prämisse entscheidend für eine zukunftsfähige Gesellschaft, wobei die Jugend Europas einen bedeutenden Faktor darstellt.

Damit Jugendliche ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten können, wird ihnen die Möglichkeit gegeben, an politischen Prozessen aktiv teilzunehmen. Dazu haben sich einhundert Jugendliche auf der deutschen Konferenz zum europäischen Pakt für die Jugend getroffen und zu folgenden Themenbereichen

1. Integration, sozialer Aufstieg, Beschäftigung
2. Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität
3. Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben

diskutiert.

Folgende Forderungen und Vorschläge sollen wegweisend für Jugendbeteiligung in Europa sein, indem wir als Jugendliche unsere Vorstellungen zur Beschäftigungs-, Integrations-, Bildungs- und Familienpolitik in Europa im Rahmen des europäischen Paktes für die Jugend präsentieren.

Themenbereich 1: Integration, Beschäftigung, sozialer Aufstieg

1.1 Integration

Wir haben uns eingehend mit der Begriffsdefinition von „Integration“ befasst (siehe Dokumente von Erfurt und Heidelberg) und widmen uns nun einem konkreten Problem:

In vielen Städten in Deutschland entsteht ein sozialer Brennpunkt zwischen Migranten und Deutschen, bedingt durch eine mangelnde gemeinsame Kommunikationsbasis. Es fängt schon sehr früh auf dem Bildungsweg an; bereits im Kindergarten und in der Grundschule werden Migrantenfamilien ausgegrenzt, weil die deutschen Sprachkenntnisse fehlen. Ausländer erfahren Benachteiligung und werden teilweise ausgeschlossen. Diesem Prozess, der für die Betroffenen in einen Teufelskreis von Demotivierung in der Schule, Misserfolgen, Frustration und Arbeitslosigkeit führt, kann – und muss – man ebenso früh wie er beginnt schon entgegenwirken.

Dazu fordern wir konkret :

Allen Migranten soll die Teilnahme an kostenfreien Sprachkursen ermöglicht werden. Dazu müssen 2 Bedingungen erfüllt werden:

1. Die Rahmenbedingungen für die Betroffenen müssen geschaffen werden. Somit darf es nicht zu zeitlichen Einschränkungen kommen. Zum Beispiel darf es nicht vor-

kommen, dass ein Schüler nicht zum Extraunterricht kommen kann, weil er im Familienbetrieb aushelfen muss. Dies hätte zur Folge, dass er am verfrühten Ende seiner Schullaufbahn immer noch dort arbeitet, da er aufgrund von mangelnden Deutschkenntnissen andere Möglichkeiten nicht wahrnehmen konnte. Es muss also einerseits in bereits bestehenden Sozialämtern eine entsprechende Hilfestellung geleistet werden. Andererseits sollten Grundlagen für regelmäßigen Deutschunterricht beispielsweise durch Lehrer oder Oberstufenschüler geschaffen werden.

2. Es wäre wichtig, eine entsprechende Aufwandsentschädigung oder Entlohnung zu stellen, damit das Projekt, das im Endeffekt von den engagierten Lehrpersonen (und natürlich den Vertretern, ggf. im ‚Laden‘) ausgeführt wird, nachhaltig funktioniert. Deutschunterricht soll also für Ausländer zum kostenlosen Pflichtfach werden, damit die Vorstufen zur Ausgrenzung und Isolation erst gar nicht begangen werden. Wir nehmen an, dass es für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter generell keinen Unterschied macht, denn ihr ‚Bewusstsein für die kulturelle Verelendung‘ ist noch nicht so stark ausgeprägt. Dass es sich lohnt, diese Zeit zu investieren, sollte schnell von den Kindern und deren Eltern akzeptiert werden, denn es kann nur zu guten Schulergebnissen führen, wenn das Kind das unentbehrliche Wissen möglichst früh mitbekommt. Nur so können Chancengleichheit und Integration von Ausländern in diesem Bereich erreicht werden.

Für die Umsetzung dieses Projektes wird es nötig sein, in ständiger Kooperation mit dem Bundesministerium für Jugend zu arbeiten. Wir denken, dass es sich hier um ein Problem handelt, welches Menschen aus verschiedenen Ländern betrifft, daher wird die EU-Kommission dazu aufgefordert, entsprechende finanzielle Mittel zu stellen, um einen Anreiz (und somit auch Arbeitsplätze) zu schaffen.

1.2 Sozialer Aufstieg

Coaching als Unterrichtsfach

Was bedeutet Coaching?

Coaching ist hier gemeint als Training für alle Bereiche des Lebens.

Die Erziehung der Jugend ist heute nicht mehr vordergründig auf Erfolg ausgerichtet. Man bekommt von Außen bestimmte Eindrücke, vom Elternhaus und vom Umfeld, die unbewusst verarbeitet werden und das Leben des Einzelnen bestimmen.

Ein Beispiel: Ein Jugendlicher, dessen Eltern Alkoholiker sind, findet den Absprung selber nicht, eine Ausbildung zu machen und macht es seinen Eltern nach, wie er es als ‚Muster‘ übernommen hat. Die Schuld für seine Situation gibt er seinen Eltern. Coaching wandelt diese Standpunkte. Nun kann der Jugendliche seine Einstellung ändern und Verantwortung für das, was er tut, übernehmen.

Die Trainer versuchen durch Fragen und Antworten einen individuellen Weg für jeden zu finden, mit seinen Problemen zurecht zu kommen.

Es gibt spezielle Coaching-Akademien, in denen man sich coachen lassen kann. Kindern und Jugendlichen soll das Thema ‚Erfolg‘ nahe gelegt werden und die Tür für ein erfülltes Leben geöffnet werden.

Erziehungsseminare für Eltern

Es sollen kostenlose Seminare für werdende/junge Eltern in allen Bereichen der Erziehung eingerichtet werden. Dazu wird auch entsprechende Werbung benötigt, damit die Zielgruppe von diesem Angebot erfährt.

Die Themen dieser Seminare wären z.B.:

- Persönlichkeitsbildung
- Umgang mit Menschen
- Finanzmanagement/Sparplan

1.3 Beschäftigung

1. Ehrenamtliches Engagement sollte durch Zertifikate in ganz Europa anerkannt sowie auch positiv bei Einstellungstests gewertet werden. Es sollte unter bestimmten Bedingungen auch als Abschluss gelten.

Das Zertifikat sollte beinhalten, welche Kompetenzen erworben wurden und in welchem Bereich man tätig war.

Ziel: Förderung von Engagement und ehrenamtlicher Arbeit

2. In den Schulen soll in der 10. Klasse vor der festgelegten Praktikumswoche eine von der Europäischen Kommission finanzierte Projektwoche eingeführt werden, welche folgende Themen beinhaltet:

Wie schreibt man eine Bewerbung?

Was habe ich für Ziele / Stärken?

Wie finde ich einen Arbeitsplatz / Wo muss ich suchen?

Welche Möglichkeiten der Ausbildung gibt es in Europa?

Was gibt es für Alternativen? (FSJ, FÖJ)

Aufklärung über Arbeitsrechte

Wie führt man ein Vorstellungsgespräch? / Wie verhandelt man am Besten mit dem Arbeitgeber?

Die Projektwoche sollte durch einen Besuch beim Berufsinformationszentrum ergänzt werden, sowie durch die Einladung von Experten in die Schule (z.B. Arbeitgeber oder Projekte, die sich mit Jobs für Jugendliche auseinandersetzen wie etwa „Jobber Deluxe“, Berlin).

Ziel: Jugendliche zu motivieren und zu befähigen leichter in den Arbeitsmarkt einzusteigen, sich auf etwas zu spezialisieren und Techniken zu erlernen, die dafür wichtig sind.

3. Fortbildungen, die die berufliche Tätigkeit verbessern sowie spezialisieren, sollen von der Europäischen Kommission finanziell gefördert werden. Wir schlagen vor, dass eine Prüfung der finanziellen Lage vorgenommen werden muss, um die zur Verfügung stehenden Mittel zweckgemäß zu verwenden und diese AntragstellerInnen mit hohem Einkommen nicht zu gewährleisten. Um auch weiteren Missbrauch vorzubeugen, kann ein Teil der Förderung an den Nachweis gewisser Lernergebnisse gebunden werden.

Ziel: Die berufliche Qualifikation zu verbessern und Menschen die Chance zu geben, sich auch ohne finanzielle Aufwendungen fortbilden zu können.

Themenbereich 2: Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität

Nun möchten wir uns der allgemeinen, beruflichen Bildung und der Hochschulbildung widmen. Bildung, sowohl berufliche als auch allgemeine, ist unser höchstes Gut und unsere Zukunft.

Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität

Im Folgenden werden die Ergebnisse, Thesen und Forderungen der Arbeitsgruppe „Allgemeine und berufliche Bildung, Mobilität“ vorgestellt. Zunächst analysieren wir die Aspekte der Mobilität unter besonderer Beachtung der Situation behinderter Menschen. Anschließend betrachten wir Bildung im Sinne der vorschulischen, schulischen und hochschulischen Bildung sowie des lebenslangen Lernens.

2.1 Mobilität

Mobilität spielt für Jugendliche in allen Lebenslagen eine entscheidende Rolle insbesondere zur Verwirklichung von Lebenszielen. Damit ist die Mobilität maßgebender Faktor für die Lebensqualität. Gehbehinderte Menschen sind auf eine funktionierende Infrastruktur in Bezug auf den Öffentlichen Personennahverkehr (im folgenden ÖPNV) noch weitergehender angewiesen.

Problem

Busse des ÖPNV sind teils nicht behindertengerecht ausgestattet. So sind zum Beispiel diese Busse nur durch Überwindung von Treppenstufen zu betreten. Damit ist die Nutzung des ÖPNV in diesem Bereich für Menschen mit körperlicher Behinderung stark eingeschränkt bzw. unmöglich. Neben der Umrüstung der betroffenen Fahrzeuge fordert die Jugendkonferenz eine verbindliche Richtlinie, dass Busfahrer gegebenenfalls behinderten Menschen beim Einstieg helfen, sofern keine Fahrgäste auf freiwilliger Basis dafür bereit stehen. Auch in weiteren Bereichen des Staatsapparats sind scheinbar Unstimmigkeiten bei der Zuständigkeit für betroffene Menschen nicht in notwendiger Konsequenz geklärt. Im konkreten Fall wurde ein Rollstuhlfahrer für die Beantragung von Hilfen für die Erlangung des Führerscheins vom Landschaftsverband Rheinland über das Arbeitsamt und die Fürsorgestelle wieder zum Landschaftsverband Rheinland weiterverwiesen.

Im Übrigen sind wir der Ansicht, dass Mobilität für Bereiche wie „Jugend ohne körperliche Behinderung“ durchaus bereits ein gutes Niveau erreicht hat. So sind den Jugendlichen i.d.R. die Möglichkeiten, die das Land den Menschen bietet, bewusst. Diese Mobilität kann aufgrund eines angemessenen Preisverhältnisses bzw. von Fahrtkostenrückerstattung auch aktiv genutzt werden. Dennoch bieten angekündigte Mittelkürzungen und vergangene Preissteigerungen Anlass zu der Sorge, dass dieses hohe und für die Jugend überaus wichtige Niveau nicht gehalten werden kann.

Eine gute Möglichkeit, die Mobilität und den Austausch zwischen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern zu fördern, ist die regelmäßige Durchführung von Austauschprogrammen. In diesem Zusammenhang haben wir uns auf Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, des europaweiten Auszubildenden-Austausches und des körperbehinderten familiären Austausches konzentriert. Durch die gewonnenen positiven Eindrücke fordern wir daher die verstärkte Förderung dieser Austauschprogramme sowie die Förderung von Projekten und die Vergabe von Stipendien.

In einem in diesem Zusammenhang interessanten Pilotprojekt der Stadt Hamburg wurden Schulgelder, die unter normalen Umständen an die Schulen geflossen wären, an Familien gelenkt, die entstehende Kosten eines Schüleraustausches dadurch decken konnten. Es resultierte eine um ein Vielfaches höhere Quote von Jahres-schüleraustauschen. Wir bitten daher die mögliche Umsetzung eines derartigen Projektes zu überdenken.

2.2 Schule

Problem unseres Bildungssystems ist die inhaltliche und strukturelle Zersplitterung, durch die es im europäischen und internationalen Rahmen immer mehr ins Hintertreffen gerät.

Es existieren in Europa viele unterschiedliche Abschlüsse, die nicht miteinander vereinbar sind und daher sowohl der Mobilität innerhalb der EU entgegenwirken, als auch der Wirtschaft schaden.

Wir fordern deshalb einheitliche Bildungsstandards, jedoch unter Beibehaltung einer Vielfalt der Bildungssysteme. Die Standards sollen sich daher auf inhaltliche Punkte beschränken ("Zentralabitur"). Mit Hilfe dieser Standards soll es möglich sein, gleichwertige Abschlüsse zu garantieren und Mobilität zu fördern, da es nun möglich ist von einem in den anderen EU-Staat ohne Probleme mit dem Lehrstoff zu wechseln. Dabei soll darauf hingewirkt werden, dass auch die Bürokratie bei Schulwechseln abgebaut bzw. weitestgehend beseitigt wird.

Außerdem sollen für eine bessere Information über Möglichkeiten des Schulwechsels regionale Beratungsstellen geschaffen werden. Diese sollten, wie im allgemeinen alle Behörden, kostenlos zu erreichen sein. Ebenfalls ist die Beteiligung von Jugendlichen im Bildungsprozess ein wichtiger Bestandteil der Schulausbildung. Trotz großer Fortschritte in diesem Sektor ist es leider noch immer nicht in allen europäischen Staaten gelungen, die Partizipationsmöglichkeit der Schüler gesetzlich zu sichern. Aus diesem Grund halten wir es für wichtig, bestehende Strukturen (z.B. Schülervertretungen) zu stärken und gegebenenfalls neue aufzubauen.

Aus diesem Grunde fordern wir die weitere Förderung und Stärkung der Jugendpartizipation an Schulen (Schülervertretungen) und eine gesetzliche Zusicherung dieses Punktes durch die EU.

Zum Bildungssystem selbst wurde aus Zeitgründen nicht weiter diskutiert, da dieses Thema v.a. in Deutschland gerade im Zuge der "Ganztagsschuldebatte" im Diskurs ist.

Als vorläufig abschließenden Punkt für dieses Thema, ist die stärkere Einbeziehung von Vereinen und Externen in den Schulalltag zu nennen.

2.3 Hochschulbildung und berufliche Bildung

Im Zuge des Bologna-Prozesses wurde im Bereich der Hochschulbildung eine Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit der Abschlüsse (Bachelor/Master) beschlossen. Die Umsetzung ist noch in vollem Gange, doch die Reform geht noch nicht weit genug. Hochschulpolitik soll allgemein auf EU-Ebene übertragen werden. Nur so sind einheitliche Standards innerhalb der EU zu verwirklichen.

Dieser Prozess sollte sich jedoch nicht nur auf die Hochschulbildung beschränken, sondern auch auf die berufliche Bildung. So ist es immanent wichtig, beispielsweise auf der Ebene des Handwerks vergleichbare Abschlüsse und Qualifikationen zu gewährleisten (Angleichung von Geselle / Meister). Bei der Verwirklichung dieser Forderungen ist darauf zu achten, dass die folgenden Kriterien Beachtung finden. So sollte ein besonderes Augenmerk auf die Qualitätssicherung, Planungssicherheit und die Vergleichbarkeit gelegt werden. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass die re-

gionale Vielfalt beibehalten wird und Sachzwänge abgebaut werden. Denn Investitionen in berufliche und allgemeine Bildung sind Investitionen in die Zukunft.

Eine weitere zentrale Forderung ist die Schaffung von Studienplätzen innerhalb der EU. So sieht es beispielsweise im Bereich Medizin so aus, dass eine große Anzahl von Mediziner*innen benötigt wird und auch entsprechende Nachfrage seitens der Abiturienten nach der Hochschulausbildung besteht, aber schlechthin zu wenig Kapazitäten vorhanden sind. Dies gilt es zu beheben.

Des Weiteren ist es zu gewährleisten, dass die allseits anerkannten Schulabschlüsse auch zum Besuch einer Hochschule in der gesamten EU berechtigen.

Formalitäten und Behördenwege sollen abgebaut werden. Das ganze Hochschulsystem sollte im Allgemeinen transparenter werden. Ein Ansatzpunkt dafür ist der Aufbau eines Internetauftritts, in dem Informationen über sämtliche Studiengänge, Stipendien und Praktika innerhalb der EU gesammelt und gebündelt werden.

Hochschulen sollten finanziell unabhängiger werden! Das kann durch Forschungsfreiheit geleistet werden. Im Speziellen sollen die Institute ihre Patente nutzen, um zusätzliche Mittel erwirtschaften zu können. Das fördert zusätzlich den Wettbewerb zwischen den Hochschulen und die Leistungsbereitschaft der Studenten. Des Weiteren ist eine stärkere Kooperation zwischen Universität und Wirtschaft erstrebenswert, wobei die Hochschule stets unabhängig bleiben soll. Studiengebühren sind aufgrund der hohen sozialen Selektivität nicht das geeignete Mittel, die Hochschulen zu finanzieren. Das lässt sich mit dem Nationalen Aktionsplan, der Chancengerechtigkeit in der Bildung fordert, nicht vereinbaren.

2.4 Lebenslanges Lernen

Gesellschaftliche ökonomische Zwänge, das durch das Grundgesetz gewährleistete Recht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und das allgemeine Interesse nach mündigen Bürgern drängen Menschen in Seminare, Weiterbildungen, Rhetorikkurse usw. Entsprechend dieser Entwicklung sollte Politik gemacht werden.

Finanzielle Unterstützung sollte in diesem Bereich stark aufgewertet werden, um so dem lebenslangen Lernen einen soliden Unterbau zu geben. Viele, vor allem Jugendliche, sind nicht in der Lage für beispielsweise außerhalb gelegene Seminare die nötigen Summen aufzubringen. Der teilweise bereits vorhandene Ansatz der Fahrtkostenrückerstattung für Bürger ohne festes Einkommen sollte weiter verfolgt werden. Auch sollte eine Internetplattform geschaffen werden, auf der man sich über angebotene Veranstaltungen informieren kann.

Themenbereich 3: Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben

Eine zukünftig überalterte Gesellschaft ist als Folge des demografischen Wandels nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa zu einem bedeutsamen Problem geworden. Wir müssen uns fragen, inwieweit wir Bedingungen schaffen können, die eine Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben garantieren. Werfen wir einen Blick auf die bestehenden Verhältnisse, wird klar, dass zukünftige Eltern nicht nur finanziell stärker belastet sind, sondern auch sonst gerade in Erziehungsfragen mehr oder minder alleine gelassen werden. Es besteht für Familiengründer ein bedeutsamer Informationsbedarf, der von staatlichen geförderten Institutionen und Verbänden gedeckt werden muss.

Wege aus der Krise?

Es ist ersichtlich, dass gerade in der Familienpolitik großer Handlungsbedarf besteht. Wir fordern deshalb die Implementierung eines Moduls zur Familienplanung in staatlichen und staatlich geförderten Institutionen und Verbänden. Dieses Modul umfasst zum Einen eine umfassende Informationsbereitstellung sowie klar definierte Räume, in denen zukünftige Eltern aktive Hilfestellung erhalten. Jedem sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich schnell umfassende Informationen zur Familiengründung beschaffen zu können und qualifizierten Rat zu finden. Hierfür bieten die neuen Medien insbesondere das Internet umfassende Möglichkeiten. Es sollte deshalb eine zentrale Plattform geschaffen werden, die alle bereits angebotenen Hilfestellungen bündelt und über die verbindliche Beratungsgespräche vor Ort in Anspruch genommen werden können. Zukünftige Eltern sollen Antworten erhalten zu Fragen wie Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub, Lohnfortzahlung, Wiedereinstieg in den Beruf sowie Kinder- und Jugendbetreuung.

Zusätzlich zu dieser Informationsplattform müssen auch die Unternehmen in den Prozess miteingebunden werden. Es müssen Anreize für die Betriebe geschaffen werden, so dass diese Kinder -und Jugendbetreuung während der Arbeitszeit garantieren. Hierfür gibt es verschiedene Lösungsansätze, als Beispiel seien hier flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten genannt.

Finanzierung

Die Finanzierung familienpolitischer Reformen muss langfristig gesichert werden. Dies wäre denkbar durch einen Familienfonds, der aus einem Aktienpool verschiedener stabiler Werte bestünde und im Optimalfall regelmäßige Rendite ausschütten könnte. Hieraus entstehende Gewinne würden dann wieder im familienpolitischen Sektor investiert. Dies wäre in doppeltem Sinne eine nachhaltige Finanzierungsmöglichkeit.